

**Umwelt** – Handel mit Rechten für Flächenverbrauch soll Natur schützen. Boris Palmer greift Minister Müller an

## Grün soll grün bleiben

STUTTGART. Kommunen sollen sich nach dem Willen der Grünen künftig gegenseitig Rechte zum Verbrauch freier Flächen verkaufen können. Der Abgeordnete Boris Palmer sagte in Stuttgart, ein solches System könne den wachsenden Trend zum Bau von Straßen, Wohn- und Gewerbegebieten auf freien Flächen bremsen. Er forderte von der Landesregierung ein umfassendes Aktionsprogramm zum Abbau des Flächenverbrauchs und griff Empfehlungen des Nachhaltigkeitsbeirates auf. Danach müsse der Flächenverbrauch bis 2020 auf drei Hektar pro Tag gesenkt werden.

Im Jahr 2003 wurden 10,6 Hektar Freifläche pro Tag verbaut. Das entspricht etwa 15 Fußballfeldern. Palmer warf Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller vor, zwar das Problem zu kennen, aber nichts dagegen zu unternehmen. Offenbar könne er sich in der

Landesregierung nicht gegen Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) durchsetzen.

Der Grünen-Politiker forderte, Städte und Gemeinden müssten viel stärker als bisher Brachflächen als Wohn- oder Gewerbegebiete nutzen sowie neue Wohnformen und Flächen sparendes Bauen fördern. Notwendig seien attraktive Alternativen zum Bau von Einfamilienhäusern. Nach Berechnungen einer Enquete-Kommission des Bundestages würden die brach liegenden Areale ausreichen, um selbst bei gleich bleibendem Verbrauch den Flächenbedarf der kommenden zehn Jahre zu decken.

Mit der Einführung eines Handels mit Zertifikaten für den Flächenverbrauch könne Baden-Württemberg auch eine Vorreiterrolle unter den Ländern übernehmen. Ein Konzept für den Handel mit Zertifikaten legte Palmer nicht vor. (dpa)